



## **PRESSEMELDUNG 20. Januar 2005**

### **"Umtauschpflicht für Führerscheine schafft neue Bürokratie"**

#### **Frist von 10 Jahren / Bestandsschutz für jetzige Fahrerlaubnisklassen / Abstimmung im EP-Verkehrsausschuss zur 3. Führerscheinrichtlinie**

Autofahrer werden ihre Führerscheine künftig alle zehn Jahre umtauschen müssen. Das hat gestern der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments gegen die Stimmen der Christdemokraten beschlossen. "Leider haben sich die deutschen Sozialdemokraten einer vernünftigen und bürgernahen Lösung widersetzt", sagte die Europaabgeordnete Gräble.

Alte Papierführerscheine müssen spätestens in zehn Jahren nach Inkrafttreten der Richtlinie gegen das neue Scheckkartenmodell getauscht werden. Wer bereits den 'EU-Plastikführerschein' besitzt, muss ihn in spätestens 20 Jahren gegen ein neues Exemplar tauschen. Danach gilt eine generelle Umtauschpflicht alle 10 Jahre. "Diese Befristung schafft nur neue Bürokratie und zusätzliche Kosten für alle Autofahrer", kritisierte Inge Gräble.

Bestehende Fahrerlaubnisklassen werden durch den Umtausch jedoch nicht eingeschränkt. "Mit einem alten 3-er-Führerschein darf man auch künftig Kleinlaster bis zu 7,5 Tonnen fahren", sagte die CDU-Europaabgeordnete. Damit hat sich der Verkehrsausschuss des Europaparlaments gegen die Pläne der EU-Kommission durchgesetzt, die einen harmonisierten Neuzuschnitt der Fahrerlaubnisklassen favorisiert hatte.

Die EVP-ED-Fraktion konnte im Ausschuss erreichen, dass Anhänger bis zu 3,5 Tonnen auch weiterhin mit der normalen Pkw-Fahrerlaubnis mitgeführt werden dürfen. "Das ist eine gute Nachricht für alle Caravan- und Sportbootfahrer sowie für unsere freiwilligen Feuerwehren", sagte Inge Gräble. Erforderlich ist lediglich die Absolvierung eines einmaligen Fahrertrainings, das in den Führerschein eingetragen wird.

Vom Tisch ist der Vorschlag der Kommission, die Gültigkeitsdauer von Führerscheinen für Autofahrer ab dem 65. Lebensjahr auf fünf Jahre zu befristen. "Hier hat sich die Vernunft durchgesetzt", betonte die baden-württembergische Abgeordnete. Jede Unfallstatistik beweise, dass gerade ältere Autofahrer keine hohen Fahrleistungen hätten und viel seltener in schwere Unfälle verwickelt seien als jüngere Fahrzeuglenker. Nach der Plenarabstimmung im Februar werden die nationalen Regierungen ihren Gemeinsamen Standpunkt ausarbeiten. "Ich rechne mit harten Verhandlungen und einem Vermittlungsverfahren zwischen Parlament und Rat", sagte die Europaabgeordnete aus Heidenheim.